

Stand: 15.10.2024 20:30:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7443

"Gesundheitsschutz und Chancengleichheit müssen Leitlinien bei den Schulöffnungen sein"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7443 vom 24.04.2020
2. Beschluss des Plenums 18/7569 vom 24.04.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 24.04.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Gesundheitsschutz und Chancengleichheit müssen Leitlinien bei den Schulöffnungen sein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Zuge der schrittweisen Öffnung der Schulen ab dem 27.04.2020 von Überlegungen zum Gesundheitsschutz für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte und von dem Ziel der Herstellung von Chancengleichheit leiten zu lassen.

Dies bedeutet insbesondere:

- Es muss verlässliche Mechanismen geben, die sicherstellen, dass die Hygieneschutzmaßnahmen vor Ort durchgeführt werden. Die Gesundheitsämter müssen sofort über mögliche Infektionsketten informiert werden, wenn in Schülergruppen aus disziplinarischen oder organisatorischen Gründen die Hygieneregeln nicht beachtet wurden.
- Die kommunalen Sachaufwandsträger müssen bei der Umsetzung der Hygieneschutzmaßnahmen finanziell unterstützt werden.
- An den beruflichen Schulen, in denen 70 – 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler Abschlüsse machen, wird ein besonderes Augenmerk auf den Hygieneschutz gelegt.
- In diesem Schuljahr wird den Eltern nach einer Beratung durch die Lehrkraft die Entscheidung überlassen, auf welche Schule ihre Kinder nach der 4. Klasse gehen sollen und der Probeunterricht wird abgesagt.
- Den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern und denen, die unter besonderen gesundheitlichen und familiären Belastungen leiden, wird ein individuelles Lernangebot gemacht.
- Es wird sehr zügig sichergestellt, dass allen Schülerinnen und Schülern die digitale Infrastruktur zur Verfügung steht, um „Schule zuhause“ bewältigen zu können.

Begründung:

Es darf nicht dazu kommen, dass durch die Öffnung der Schulen das Infektionsgeschehen in Bayern einen Rückfall erlebt und die Zahl der Infizierten wieder zunimmt. Die Überprüfung und Einhaltung der Hygieneschutzregeln ist daher von zentraler Bedeutung und bedarf daher der engen Zusammenarbeit von Schulen und Gesundheitsämtern, die ein schnelles Berichtssystem über nicht eingehaltene Verhaltensregeln beinhalten muss. Gerade an den beruflichen Schulen, wo viele Schülerinnen und Schüler wieder zur Schule gehen werden, ist das eine besondere Herausforderung.

Die kommunalen Sachaufwandsträger müssen erhebliche Mittel ausbringen, um die notwendigen Hygieneschutzmaßnahmen (Masken, Desinfektionsmittel et al.) zu gewährleisten. Hier bedarf es der Unterstützung durch den Freistaat.

Die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler herzustellen, ist eine der vornehmsten Aufgaben des öffentlichen Schulwesens auch während der Pandemie. Diese sicherzustellen, muss die Überlegungen der Staatsregierung leiten – insbesondere beim Übertritt und bei der Schule zuhause, die uns noch lange erhalten bleiben wird. Dass jedem Schüler und jeder Schülerin ein Endgerät und ein Internetzugang zur Verfügung steht, ist daher eine Selbstverständlichkeit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/7443

Gesundheitsschutz und Chancengleichheit müssen Leitlinien bei den Schulöffnungen sein

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Tobias Gotthardt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Notfallbetreuung, Schulöffnung und Lernen zuhause in Zeiten der Corona-Krise brauchen klare Rahmenbedingungen und maximale Unterstützung
(Drs. 18/7410)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Krise an bayerischen Schulen im Rahmen der Corona-Pandemie ergreifen (Drs. 18/7442)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Gesundheitsschutz und Chancengleichheit müssen Leitlinien bei den Schulöffnungen sein (Drs. 18/7443)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat auch an bayerischen Schulen für den Ausnahmezustand gesorgt. Dass dieser kurzfristig eingetretene Ausnahmezustand bisher einigermaßen gut bewältigt wurde, ist das Verdienst der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern. Vielen, vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kehren ab Montag circa 14 % der Schülerinnen und Schüler an die Schulen zurück, an manchen FOS, BOS oder beruflichen Schulen sogar bis zu 80 %. Das ist natürlich eine große zusätzliche Herausforderung, für die sich die Schulen mehr Vorlaufzeit und eine klare Kommunikation gewünscht hätten.

Über hundert kultusministerielle Schreiben sind ein Arbeitsnachweis – aber auch hier gilt: Qualität vor Quantität. Die hygienischen Umstände zum Beispiel werfen weitere Fragen auf. Desinfektionsmittel zur Handhygiene sind nicht flächendeckend vorgeschrieben; dies würde aber Vertrauen schaffen. Auch bei den Masken herrscht Unsicherheit. Sollen diese jetzt in den Schulen getragen werden oder nicht? – Wir plädieren hier für Freiwilligkeit im Klassenzimmer. Außerhalb des Klassenzimmers halten wir sie generell für sinnvoll.

Fest steht für uns: Zum Präsenzunterricht darf nur verpflichtet werden, wer nicht zu einer Risikogruppe gehört und wer auch nicht jemanden aus einer Risikogruppe im selben Haushalt hat. Sicherheit geht in diesen Zeiten vor.

Für 84 % und damit für die ganz große Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler geht aber das Lernen zu Hause weiter. Virologen sagen uns, dass das noch viele Monate so bleiben könnte. Genau deswegen müssen wir jetzt anfangen, das Lernen zu Hause zu verbessern. Wir fordern:

Erstens. Eine klare Ansage ist jetzt nötig, Herr Kultusminister, was Sie unter dem Basiswissen verstehen, das bis zum Ende des Schuljahres erlernt werden soll. Das ISB muss dann sofort die Lehrpläne entsprechend überarbeiten.

Zweitens. Wir haben jetzt seit sechs Wochen geschlossene Schulen, aber das hochgelobte bayerische Lernportal Mebis hat immer noch Serverausfälle. Das ist leider ein weiteres Armutszeugnis für die Digitalisierung an Bayerns Schulen. Herr Minister, bitte sorgen Sie dafür, dass Mebis endlich stabil läuft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Wir dürfen die Schwächsten nicht vergessen, damit die Bildungsungerechtigkeit – gerade auch hier in Bayern – nicht weiter zunimmt. Dazu gehören auch Laptops und Tablets. Die 150 Euro vom Bund werden dafür allein aber nicht reichen.

Ich habe selbst Jugendliche ohne Ausbildung unterrichtet, und mir wird wirklich schwindelig, wenn ich mir vorstelle, was in deren Familien im Moment los ist und wie es bei denen zu Hause aussieht. Das Gleiche gilt natürlich für Geflüchtete in den BIK-Klassen oder für Kinder aus belasteten Haushalten. Diese Gruppen müssen wir so schnell wie möglich wieder in den Schutzraum Schule zurückholen.

Viertens und abschließend. Prüfen Sie schnell, welche Tools datenschutzrechtlich für sogenannten digitalen Live-Unterricht möglich sind. Die Kommunikation zwischen Lehrkräften und ihren Schülern ist gerade in der jetzigen Situation wichtiger denn je.

Noch einmal: Das Lernen zu Hause wird jetzt noch lange Zeit Realität bleiben. Fangen wir doch jetzt gleich an, es zu verbessern! Genau in dieser Ausnahmesituation brauchen Eltern und Schulen die optimale Unterstützung der Politik. Die wichtigsten Dinge dazu stehen in unserem Antrag. Deswegen bitte ich um Zustimmung für diesen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schule, wie wir sie kannten, gibt es in Zeiten von Corona nicht mehr. Nun sehnen wir uns nach der heilen Welt vor Greta und vor Corona. Für Schüler, Eltern und auch für die Lehrer gleicht das, was wir jetzt erleben, einem Erwachen im Alb-

traum. Die staatlichen Maßnahmen haben das normale Leben unmöglich gemacht – auch in der Bildung unserer Kinder. Mit einer solchen neuen Normalität möchte ich mich auf Dauer nicht anfreunden müssen.

Die Gesundheit unserer Kinder zu schützen muss oberste Priorität in allen Entscheidungen haben. Dennoch gibt es auch Weichen, die wir jetzt zur Verbesserung stellen können und müssen. Das heißt für uns: Die Digitalisierung der Schule muss endlich konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden technologischen Möglichkeiten angepackt werden. Da kann es keine Entschuldigung mehr geben. Die Staatsregierung hat hier jahrelang die Entwicklung vollkommen verschlafen. Jeder Lehrer und jedes Schulkind sollte daher ein modernes Tablet bekommen und damit umgehen lernen; denn was nützt uns die Lehrmittelfreiheit in Bayern, wenn sie sich von der modernen Entwicklung abkoppelt?

Dabei ist der Einsatz moderner Technik natürlich kein Selbstzweck. Ihr sinnvoller Einsatz muss in die moderne Pädagogik Einzug halten. Dabei müssen auch die kognitiven Entwicklungsstufen unserer Kinder berücksichtigt werden. Jede noch so ausgereifte Technik kann die Lernbereitschaft unserer Kinder nicht ersetzen.

Der Schutz und die Atmosphäre im Elternhaus sind das geistig-moralische Fundament für erfolgreiches Lernen; denn auch im digitalen Zeitalter gilt noch immer: Menschen zu bilden bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen. Das kann nur ein guter Lehrer, der selbst Feuer und Flamme für sein Fach und natürlich für seine Schüler ist, und da denke ich gern an meine Schulzeit und an meine Lehrer zurück.

Wenn uns die letzten Wochen eines gezeigt haben, dann gilt: Kinder gedeihen am besten in gesunden Familien. Und die Krise beweist es: Wo ein Elternteil zu Hause bleibt, da funktioniert's. Deswegen steht für uns die häusliche Betreuung an allererster Stelle. Wenn ein Elternteil bei seinem Kind zu Hause bleiben möchte, dann darf das nicht am Geld scheitern. Gerade die traditionelle Familie kann den Kindern eine Nor-

malität bieten, die sie zum gesunden Aufwachsen brauchen. Diese familiäre Geborgenheit kommt uns in Zeiten des Genderwahns nur leider immer mehr abhanden.

Es ist wirklich beeindruckend, was die bayerischen Mütter und Väter in diesen Tagen leisten, wenn sie zu Hause Unterricht erteilen und dafür sorgen, dass die Kinder etwas lernen. Dafür möchte ich den bayerischen Eltern ganz herzlich Danke schön sagen.

(Beifall bei der AfD)

Gerade das aber zeigt uns doch: Wir dürfen uns bei unserer Familienpolitik nicht mehr wie bisher an Randgruppen ausrichten. Die traditionelle Familie muss wieder Maßstab werden, wie wir, die AfD, schon immer gefordert haben.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Werten und dem Zusammenhalt in der Familie und den Werten und dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Zuruf)

Das führt uns die Krise mit aller Wucht vor Augen. Wo Familien funktionieren, da werden auch Krisen bewältigt; wo Familien scheitern, da siegt die Krise. Corona zeigt uns: Der Staat ist gut beraten, die Familie aus Vater, Mutter und möglichst vielen bayerischen Kindern zu schützen. Nur aus gesunden Familien kann eine starke Gesellschaft erwachsen, die krisenfest ist. Ist diese Keimzelle krank, dann ist es auch die Gemeinschaft.

Ich möchte aber unterstreichen: Alle Kinder, die nicht das Glück haben, in einer solchen Familie aufzuwachsen, müssen unterstützt werden – selbstverständlich. Daher spreche ich ausdrücklich den alleinerziehenden Müttern und Vätern meinen allergrößten Respekt aus. Auch sie leisten unter noch schwereren Bedingungen wirklich Großartiges, und sie verdienen unsere vollste Unterstützung.

(Beifall bei der AfD)

Aber eines muss uns bewusst sein: Alle unsere Bemühungen auf der finanziellen und politischen Ebene können niemals ersetzen, was die klassische Familie leistet. Familie ist Liebe, Schutz und Geborgenheit, und sie ist die Keimzelle unseres Staatsvolkes. Daher bitte ich Sie, unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion. – Bitte, Frau Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Schule in Corona-Zeiten sind der SPD-Fraktion zwei Dinge besonders wichtig: zum einen der Gesundheitsschutz für die Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schülerinnen und Schüler, zum anderen die Chancengleichheit, vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler, die es vielleicht nicht so leicht haben. Konkret heißt das für uns: Es darf kein Corona-Experiment an den Schulen geben. Deswegen, meinen wir, brauchen wir verlässliche Mechanismen, die sicherstellen, dass Hygienemaßnahmen an den Schulen möglich sind und auch durchgeführt werden können. Meiner Meinung nach ist da an vielen Stellen an zusätzliches Personal zu denken; denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Lehrerinnen und Lehrer künftig mit Kindern auf die Toilette gehen sollen oder an die Bushaltestelle, um zu verhindern, dass es dort zu Ansammlungen kommt.

Das wirft dann die Frage auf: Wer soll die Kosten hierfür tragen? – Wir sind der Meinung, in jedem Fall müssen die Sachaufwandsträger, nämlich die Kommunen, bei dieser Aufgabe der Hygienemaßnahmen an den Schulen finanziell vom Freistaat Bayern unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Eine besondere Herausforderung sind die Hygienemaßnahmen an den beruflichen Schulen. Hier sind es nämlich nicht 14 % der Schülerinnen und Schüler, die wieder in die Schule gehen werden, sondern 70 %. Hier sind spezielle Unterstützungsmaßnahmen erforderlich.

Ich habe viele Anschreiben bekommen, in denen mir berichtet wird: Wir haben es mit veralteten Schulbauten zu tun, mit veralteten, heruntergekommenen Sanitärräumen, mit Chaos, mit Angst vor der Schulöffnung. – Da sage ich ausdrücklich, Herr Minister: Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum Thema Chancengleichheit. Wir brauchen gute Lösungen für die Schülerinnen und Schüler. Wir können nicht einfach gnadenlos die bisherigen Leistungskriterien durchziehen. Das Schuljahr ist einfach angeschossen, und das gilt es zu akzeptieren. Wir brauchen jetzt Kreativität zugunsten – ich sage das ganz ausdrücklich – unserer Schülerinnen und Schüler. Es darf – auch das sage ich ganz ausdrücklich – kein Nachteil für Schülerinnen und Schüler entstehen.

Konkret heißt das beim Übertritt: Dieses Jahr muss der Elternwille gelten. Mich haben viele Schülerinnen und Schüler, vor allem aber Eltern angeschrieben und auf die Situation beim Übertritt hingewiesen. Viele waren jetzt wochenlang nicht in der Schule, mussten zu Hause lernen und sollen jetzt in den normalen Probeunterricht gehen, der weitgehend den Stoff der 5. Klasse abfragt. Das kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen dieses Jahr den Elternwillen gelten lassen, wie das im Übrigen in vielen anderen Bundesländern längst gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss noch eine Anmerkung zum Lernen zu Hause. Ich meine, eine Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitaler Infrastruktur ist eine Selbstverständlichkeit. Jede Schülerin und jeder Schüler braucht einen PC oder einen Laptop und einen Netzanschluss. Anders ist Lernen zu Hause nicht vorstellbar. Ich kann Sie nur aufrufen: Lassen Sie uns endlich diese Selbstverständlichkeit in Bayern umsetzen!

Da ist es sicherlich positiv, dass der Bund jetzt einen ersten Schritt getan hat. Ich fordere Sie ausdrücklich auf, hier noch etwas draufzulegen, wie es andere Bundesländer auch tun; dann wird nämlich ein Schuh daraus.

(Beifall bei der SPD)

Für leistungsschwächere und benachteiligte Kinder brauchen wir spezielle Lernangebote, wie auch für Kinder von Alleinerziehenden. Ich denke da an Nachhilfe in Kleingruppen, gerne auch online.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss noch einmal auch von meiner Seite: Wir sind bisher ganz gut durch die Krise gekommen; das ist den Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken, die sich sehr engagiert einbringen. Ich habe tolle Konzepte von vielen Schulen erhalten, die sich auf den Weg gemacht haben, das Lernen zu Hause gut zu machen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass diese guten Konzepte überall umgesetzt werden. – Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie können noch am Rednerpult verbleiben, Frau Dr. Strohmayer. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Max Deisenhofer von den GRÜNEN gemeldet. Bitte.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin, das gibt mir noch mal Gelegenheit, auch kurz etwas zum SPD-Antrag zu sagen. Darin steht sehr viel Sinnvolles; wir werden dem auch zustimmen. Bei einem Punkt haben wir allerdings eine dezidiert

andere Meinung: Wir würden den Übertritt nicht komplett dem Elternwillen überlassen. Bis zum 13. März dieses Jahres ist das Schuljahr ganz normal gelaufen. Allerdings wünschen wir uns Günstigkeitsregelungen zugunsten von Leuten, bei denen es eng ist, die auf der Kippe stehen, die jetzt vielleicht knapp den notwendigen Schnitt nicht schaffen. Da muss es entsprechende Anpassungen geben, zum Beispiel durch eine Anhebung des Schnitts. Aber eine komplette Freigabe unter dem Deckmantel Corona?

Das ist ein Thema, das man weiter diskutieren muss, bei dem wir in Bayern definitiv Verbesserungen brauchen. Aber jetzt bitte nicht unter dem Deckmantel von Corona alte Forderungen wieder nach oben stellen, die im Moment nicht das Allerwichtigste sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Kollege, ich habe es Ihnen vorhin schon gesagt: Da sind wir unterschiedlicher Meinung. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, wenn es um Chancengleichheit geht. Ich denke insbesondere an die Kinder, die die letzten Wochen und Monate vielleicht zu Hause in einer kleinen Wohnung lernen. Ich glaube, denen können wir nicht zumuten, dass sie jetzt gleich bemessen werden wie andere. Im Sinne der Chancengleichheit möchte ich, dass auch sie eine Chance haben. Darum sage ich: Freigabe des Elternwillens.

Das gibt mir die Möglichkeit, jetzt noch mal zum Antrag der GRÜNEN Stellung zu nehmen. Wir werden diesem Antrag zustimmen, auch wenn wir nicht allen Punkten zustimmen, die die GRÜNEN fordern. Wir sind zum Beispiel bei einer sehr großzügigen Regelung, wenn es um Kinderbetreuung in Gruppen geht, doch noch sehr skeptisch und überlegen, ob da die Hygienevoraussetzungen eingehalten werden können. Wir werden aber gleichwohl zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion. Auch er hat noch Zeit, bis die Mikrofone desinfiziert sind. – Herr Waschler, bitte schön

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorab darauf hinweisen, dass wir als Regierungsfraktion zusammen mit den FREIEN WÄHLERN ständig eng mit der Staatsregierung daran arbeiten, an erster Stelle die Gesundheit der gesamten Schulfamilie zu schützen. Gleichzeitig wollen wir den Bildungserfolg und die Persönlichkeitsentwicklung von rund 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern in Bayern über ein Schuljahr hinaus sichern und setzen uns intensiv dafür ein, die Rahmenbedingungen in dieser schwierigen Zeit bestmöglich zu gestalten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer es noch nicht bemerkt hat, eines ist unbestritten, denn ich habe keine ernsthafte Gegenrede vernommen, weder im Netz noch analog. Aber ich habe den Eindruck, dass bei den GRÜNEN einige, auch Frau Kollegin Köhler, die gerade nicht anwesend ist, nach wie vor keine Ahnung haben, was gestern im Bildungsausschuss gelaufen ist. Wir erleben derzeit eine unglaublich schnelle, eine neue und umfassende Revolution im digitalen Lernen, auch in der Kombination von digitalem und analogem Lernen, und zwar in einer Geschwindigkeit und in einer Qualität und Quantität, die es bisher noch nicht gab.

Die Geschwindigkeit ist leider von einem Virus diktiert, nicht von der Politik. Da können natürlich bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen auch Fehler gemacht werden. Wer aber bestreitet, dass wir hier in einer ganz besonderen Situation sind, der kann sich keinesfalls in irgendeiner Weise ernsthaft Experte nennen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle – Schulfamilie, Gesellschaft und Politik – sind ein lernendes System, und zwar ein ständig lernendes System. Man sieht, dass wir momentan eine historisch hohe Beschleunigung haben, nämlich an einem kleinen, aber ganz wesentlichen Faktor des Masterplans "BAYERN DIGITAL", bei dem es um

die Lehrerfortbildung geht: Es gibt momentan enorme Zugriffszahlen auf die Angebote für die digitale Lehrerfortbildung.

Wer nun Vorwürfe erhebt – wir haben das in der Diskussion auch erlebt –, dass man Notfallpläne in der Schublade hätte haben sollen für den Fall, dass so eine Infektion eintritt und wir im Schulbereich dann die einen oder anderen Probleme haben, der soll künftig als Wahrsager tätig sein. Das wird zwar niemand ernsthaft unterstellen, aber trotzdem taucht es ab und zu mal auf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen sage ich: Die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN, der SPD und der AfD verwundern doch. Zu praktisch allen Inhalten, die gestern im Bildungsausschuss Gegenstand waren, in dem der Kultusminister ausführlich erörtert hat, war in den heutigen Dringlichkeitsanträgen nichts Neues dabei. Ich habe eine Checkliste geführt. Aber wir können zur Vertiefung gerne noch mal auf ein paar Punkte hinweisen. Ich werde mir verkneifen, hier die Themaverfehlung von einigen der Vorredner – geschlechtsneutral formuliert – zu erwähnen, die offensichtlich gar nicht wissen, was in den Dringlichkeitsanträgen drin steht. Insofern möchte ich meine Strukturierung auf die Dringlichkeitsanträge beziehen.

Ich beginne bei den GRÜNEN. – Ihr braucht euch nicht aufzuregen; denn ich bleibe strukturell bei den Dingen, die vorliegen, die jeder Mensch, der das heute hört und sieht, auch im Netz nachlesen kann, bei dem, was wirklich in den Dringlichkeitsanträgen steht.

Ich entnehme dem ersten Punkt, dass die GRÜNEN die Staatsregierung auffordern, im Zuge der Schulöffnung bildungspolitische Maßnahmen zu ergreifen, um Lehren und Lernen in der Schule und zu Hause zu unterstützen. Dazu kann ich nur sagen, das sind die berühmten Eulen, die nach Athen getragen werden. Was denn sonst? – Das ist überall an einer ganz wichtigen Position.

Das gilt auch für den ersten Punkt des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN, in dem man darauf hinweist, dass Hygiene- und Sicherheitskonzepte umgesetzt werden müs-

sen, dass didaktische Konzepte entwickelt werden sollen, dass Lerninhalte in Kleingruppen vermittelt werden sollen, bei Einhaltung des Infektionsschutzes.

Ja, halten denn die GRÜNEN unsere Lehrkräfte für dumm? – Diese Frage muss ich schon mal stellen. Genau das wird gemacht, und zwar von gut ausgebildeten Lehrkräften, mit der Didaktik, die an erster Stelle steht, mit der Auswahl der konkreten Inhalte. Das ist wirklich eine Sache der Lehrkräfte und abhängig von denen, die am besten den individuellen Lernstand sowie die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler kennen.

Herr Kollege Deisenhofer, ich schätze Sie wirklich sehr. Aber wenn Sie sagen, es sei massig Papier produziert worden und Qualität gehe vor Quantität, hätte ich gerne von Ihnen auch mal einen Hinweis, wo die Qualität, bei dem, was draußen los ist, Mängel hat. Das würde mich interessieren.

Ich habe Hunderte von Seiten gelesen und überall gesagt: Das passt, das ist wichtig. Wenn man eine Checkliste macht für die, die draußen in der Umsetzung tätig sind, kann man sagen: Oh, ich habe an alle Punkte gedacht, aber dieser zusätzliche Hinweis ist noch wertvoll. Ich verweise auf eine Information des Kultusministeriums mit dem Titel "Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebs mit Abschlussklassen – Hinweise zur Einhaltung des Infektionsschutzes". Das sind vier Seiten als Checkliste.

In der Vorbereitung auf den Redebeitrag habe ich mir die Frage gestellt, was denn eigentlich in den Dringlichkeitsanträgen Neues drinsteht. – Nichts zu diesem Punkt, in keiner Weise; denn genau die Umsetzung vor Ort ist Gegenstand dieser Hinweise. Die Opposition will uns einreden, man habe das nicht im Blick. Das ist nicht ganz in Ordnung.

Das Angebot des Lernens zu Hause dient genau betrachtet natürlich der Sicherung von Basiswissen sowie der Strukturierung und Vorbereitung für künftige Schritte, für künftige Schuljahre. Das geschieht mit einer Vertiefung, einer Wiederholung des be-

reits Gelernten. Dass man beim Lernen zu Hause auch didaktische Fortschritte macht, das kann doch kein Vorwurf sein, sondern das ist im Gegenteil ein riesiges Plus.

Zum zweiten Punkt. Ich beziehe mich auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, weil ich dann relativ kurz auf die Anträge der SPD und der AfD eingehen kann, die teilweise voneinander abgeschrieben haben. Aber es ist ganz egal, wer von wem abgeschrieben hat. Der zweite Punkt ist die Verbesserung der digitalen Rahmenbedingungen beim Lernen zu Hause. Wie gesagt, das ist ein lernender Prozess.

Frau Kollegin Strohmayer, das, was Sie gesagt haben, ist seit Jahren gültig. Wir sind auf einem sehr guten Weg, mit den neuesten Bausteinen, neben dem Landesprogramm, das Sie offensichtlich immer noch nicht kennen, und dem Digitalpakt Schule, den wir in Bayern ausreichen, den Sie auch immer noch nicht kennen. Sie wissen immer noch nicht, was an den Schulen genutzt wird und was der Sachaufwandsträger macht.

Ich sage es noch mal. Sie beklagen, dass in München an den Schulen irgendwo etwas nicht passt, weder von der Infrastruktur noch von der Ausstattung her. Aber der dortige Oberbürgermeister wird nicht von der CSU oder den FREIEN WÄHLERN gestellt.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

– Wenn Sie das beklagen und "Gott sei Dank" sagen weiß man, wo der Stein hinfällt. Aber das ist Ihr Problem.

Ich weise nur darauf hin, dass der Ministerpräsident Großartiges geleistet hat, dass er im Koalitionsausschuss erwirkt hat, dass wir zusätzlich zu den anderen Bausteinen – ich weiß, wovon ich rede – kommunal als Sachaufwandsträger auch noch mal die Möglichkeit haben, über verschiedene Fördermaßnahmen zu gehen. Ich schaue zum Kollegen Eibl, der jahrelang erfolgreicher Bürgermeister in einer schönen Bayerwald-Gemeinde war. Die Kommunen haben noch Möglichkeiten. Und jetzt kommen noch

mal 150 Euro drauf, die bei dieser Schülergruppe, die der besonderen Förderung bedarf, einen weiteren Beitrag leisten, damit man den digitalen Bildungserfolg verwirklichen kann. Ich kann nur sagen: Wenn man das nicht wissen will und die Augen zu macht – –

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Mein Gott, im Alten Testament steht bei Jesaja 6,1 Folgende, dass man die Augen verschließen soll. Aber da steht auch, dass man den Mund verschließen soll. Das macht die Opposition nicht.

Zum dritten Punkt des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN: zurück in die Schulen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Regt euch nicht so auf, ihr habt ja hier noch Gelegenheit zu sagen, dass ihr allen Dingen zustimmt, die ich gesagt habe.

Eine schrittweise Rückkehr in die Schulen wird gefordert; es wird gefordert, Möglichkeiten zeitweiser Präsenz der Schüler in der Schule in Kleingruppen bei halbierten Klassengrößen zu schaffen. Ja, was wollen uns die GRÜNEN mit dieser Auflistung denn sagen? – Ich habe im Fernsehen den Minister in der Pressekonferenz gehört. Da hat er genau das Gleiche gesagt. Gestern im Bildungsausschuss hat er es nochmal gesagt. So lange ist das noch nicht her. Es ist ein Rätsel, dass das in der Form noch mal gefordert wird, wenn der Minister schon ganz klar gesagt und auch angeordnet hat, dass das mit den Gruppen ab Montag so stattzufinden hat und umgesetzt wird. Noch einmal: Lehrer sind Profis in der Vorbereitung von Unterricht – digital und analog.

Zum vierten Punkt, zur Personalplanung mit Blick auf Risikogruppen: Der Umgang mit Risikogruppen ist sehr wohl auf dem Schirm des Kultusministeriums. Es geht um Schüler, die nicht zu den Risikogruppen gehören, und natürlich auch um Schüler, die den Risikogruppen zuzuordnen sind. Die Kommunikation zwischen Eltern und Schü-

lern kann bestmöglich gestaltet werden. Dazu kann ich nur sagen: Dies steht ausdrücklich in mehreren KMS. Das geht nicht nur digital, sondern man kann auch das Telefon nutzen, um Informationen weiterzugeben. Für die Kommunikation kann auch der Postweg, der rein analog ist, genutzt werden. Zu sagen, dass die Risikogruppen vergessen worden seien, ist nicht zielführend.

Fünfter und letzter Punkt. Im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wird gefordert, – ich zitiere –:

Notfallbetreuung an Schulen und Kitas auch unter sozialen Gesichtspunkten ausrichten:

Ein Konzept soll vorgelegt werden. – Kollege Deisenhofer, mich wundert, dass Sie auf diesen Punkt nicht eingegangen sind. Es hätte nämlich sein können, dass Sie von gestern auf heute gelesen oder nachgearbeitet haben, was schon Fakt ist. Es gibt nämlich eine ministerielle Verlautbarung, in der Folgendes festgestellt wird – ich zitiere; ich halte mich genau an die Worte –:

[...] Kinder, deren Betreuung in einer Schule (einschl. Schulvorbereitende Einrichtung), Heilpädagogischen Tagesstätte [...], Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle zur Sicherstellung des Kindeswohls vom zuständigen Jugendamt nach den Regelungen des SGB VIII angeordnet wurde [...]

sind vom Betreuungsverbot ausgenommen.

Ich bin auch Stadtrat in Passau. In der letzten Sitzung des Stadtrats am Montag haben wir den Oberbürgermeister, der nicht von der CSU gestellt wird, gefragt, wie jetzt mit all diesen Dingen und all diesen Feldern umzugehen ist. Dann wurde erläutert, dass wirklich für alle gesorgt und etwas vorbereitet ist. Es sind keine Lücken an den Schulen vorhanden.

Im SPD-Dringlichkeitsantrag steht an erster Stelle die finanzielle Unterstützung der Kommunen. Was denn sonst? Das ist permanent unser Thema. Der Finanzminister

hat vorher erläutert, wie schnell Gelder ausbezahlt werden, damit die Kommunen leistungsfähig bleiben, obwohl die Steuereinnahmen einbrechen.

Zu den Berufsschulen weise ich ausdrücklich darauf hin, dass in einem neunseitigen KMS für den kommenden Montag alles dezidiert und Punkt für Punkt geregelt ist. Ich habe dieses KMS intensiv durchgearbeitet und habe versucht, eine Lücke, einen Fehler zu finden. Das ist mir nicht gelungen, Herr Staatsminister. Das ist auch gut so.

Ich bedanke mich beim Kollegen Deisenhofer für die klaren Worte zur Übertrittsregelung. Das ist nämlich etwas, was ausdrücklich so nicht geht. Die SPD-Fraktion versucht, auf einen Zug aufzuspringen, der nicht in die richtige Richtung fährt.

Von der AfD wird dazu auch etwas gesagt. Die gestrige Sitzung unseres Bildungsausschusses liegt noch nicht so weit zurück. Wenn ich mich recht erinnere, war die AfD in der Sitzung vertreten. Der Vertreter der AfD im Bildungsausschuss ist heute nicht da, obwohl er den Bildungsausschuss leitet – okay, wie auch immer. Dort wurden alle Informationen gegeben: Hygiene, bestmögliche Vermittlung der Inhalte, Ausstattung der Lehrer und Schüler mit digitalen Endgeräten. Der Ministerpräsident hat, wie ich schon gesagt habe, einen weiteren, zusätzlichen Baustein geliefert.

Lernfortschritte – so der AfD-Dringlichkeitsantrag – sollen geprüft werden. – Werden die Lehrerinnen und Lehrer draußen für dumm verkauft? – Ich weiß es nicht. Ich habe überlegt, ob man zum ersten Mal einem Punkt der AfD zustimmen kann. Mich hat irritiert, dass dort steht, dass man wieder den Normalzustand will. Wenn ein AfD-Antrag kommt, der fordert, das Virus abzuschaffen, dann könnte ich diesem durchaus zustimmen. Zur Sinnhaftigkeit der Forderung, den Normalzustand möglichst schnell wiederherzustellen, möchte ich ganz deutlich sagen: Das ist natürlich völliger Unsinn.

Ich stelle also fest: Alles läuft; der Mehrwert der Dringlichkeitsanträge ist gleich null; alles ist nur Show. Deswegen lehnen wir die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN, der SPD und der AfD ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege von der FDP, Herr Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach nunmehr sechs Wochen kompletter Schulschließung steuern wir wieder schrittweise zurück. Dies war eine schwere Abwägung zwischen Infektions- und Krankheitsrisiken auf der einen Seite und den bildungspolitischen und den sozialen Problemen auf der anderen Seite. Unsere Schülerinnen und Schüler sollten durch das Virus nicht ein ganzes Schuljahr verlieren, einen belastbaren Abschluss bekommen, aber eben auch keinen unverantwortlichen Gefahren ausgesetzt werden.

Was entschieden wurde, kann man kritisieren; man muss es auch diskutieren. Wer aber wie der YouTuber Rezo die aktuelle Lage zur allgemeinen Politikerschelte missbraucht und zur Nichtwahl aller regierungstragenden Parteien in Deutschland aufruft, der verkennt, dass sich niemand die Entscheidung einfach gemacht hat, und stärkt am Ende nur die Extreme.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund muss ich aus der Opposition heraus den Kultusminister grundsätzlich für diese Entscheidung in Schutz nehmen. Wir als FDP haben vor zwei Wochen auch schon ein Konzept für einen gestaffelten Schulstart vorgelegt. Deswegen tragen wir jetzt einen gestaffelten Schulstart natürlich mit.

Dennoch gibt es eine Reihe von Punkten, die wir kritisieren müssen. Zuvorderst sind die Kommunikationspolitik und die Vorbereitung zu nennen. Schüler und auch die Schulen hätten schon früher in die Überlegungen einbezogen werden müssen, damit solche Videos am Ende nicht verfangen können. Man sollte sich nicht hinter Ministerpräsidentenabsprachen verstecken, sondern hätte die Debatte in Bayern frühzeitig darüber führen sollen, was wir für unseren Freistaat eigentlich wollen, damit am Ende

dafür Verständnis entsteht, Herr Minister. – Ja, Herr Kollege Waschler, wir müssen auf Sicht fahren; das ist klar. Zumindest auf die Szenarien in Sichtweite – und dazu gehört der 27. April – hätten wir im Einzelnen besser vorbereitet sein müssen.

Wir brauchen außerdem auch tragfähige Konzepte für das Lernen zu Hause. Dies zeigt auch eine heutige Umfrage. Drei Viertel der Eltern in Deutschland sind mit dem Lernen zu Hause in der aktuellen Form unzufrieden. Bayern ist davon sicherlich nicht ausgenommen. Dies zeigen allein schon die vielen besorgten Zuschriften, die wir als Abgeordnete jeden Tag bekommen.

Wir als Freie Demokraten haben deswegen auch schon eine Reihe von Vorschlägen gemacht – auch der vorliegende Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN geht in die richtige Richtung –, um die Situation zu entspannen.

Nur einen Satz zur AfD: Bildungspolitik für die Probleme von heute machen wir nicht mit dem Familienbild von vorgestern.

(Beifall bei der FDP)

Ganz entscheidend ist jetzt, weitere Klarheit hinsichtlich der Umsetzung der Hygienekonzepte vor Ort und über den Umgang mit Risikogruppen in Bayern zu schaffen. Damit meine ich nicht nur die Schüler und die Lehrer, sondern auch das Zuhause. Im Bildungsausschuss haben wir gestern dazu das eine oder andere gehört. Hier geht es darum, belastbare Lösungen zu finden. Mich erreichen immer wieder Anfragen zu einzelnen Problemfällen, die vor Ort anders entschieden werden oder zu denen es andere Verlautbarungen gibt. Wir müssen alle Energie aufwenden, um den Unterricht so sicher wie möglich zu machen, damit wir am Montag zum Beispiel keine Schockbilder von mangelnder Hygiene oder mangelndem Abstand zu sehen bekommen.

Auch wenn es wieder spät kommt: Ich begrüße ausdrücklich, dass das Ministerium heute anscheinend ein Notfallkit für Masken und Ähnliches angekündigt hat – zumindest wurde mir dies von einer Schule berichtet. Dennoch muss ich sagen: Stellen Sie

bitte auch klar, Herr Minister, dass den Risikopersonen an den Schulen in Bayern kein Nachteil entsteht. Im Zweifel geht Gesundheit vor. Deswegen haben wir als FDP zum Beispiel ein Modell mit einem vorläufigen Durchschnittsabschluss für Bewerbungen vorgeschlagen. Später kann man dann mit einem Abschluss seinen Berufsweg, sein Studium einschlagen.

Lassen Sie uns mit solchen konstruktiven Vorschlägen weiter an Lösungen für Bayerns Schulen und Schüler arbeiten und im nächsten Schritt frühzeitig vorplanen und diskutieren, damit wir auch für den 11. Mai gut vorbereitet sind. – Vielen Dank.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Kinder, Eltern und Familien sind von der Corona-Krise besonders betroffen. Entsprechend rücken wir sie in den politischen Fokus. Wir sehen, was Eltern leisten; wir sehen, was Kindern fehlt. Eltern brauchen wieder Zeit; Kinder brauchen soziale Kontakte. Das ist der Leitfaden unserer Arbeit als FREIE-WÄHLER-Fraktion auf dem Weg in eine neue Normalität.

Wir wissen aber auch um unsere Verantwortung gerade in diesem sensiblen Bereich. Hohle Phrasen sind da fehl am Platz. Wir als FREIE WÄHLER haben deswegen seit Tagen in einer eigenen Expertengruppe diskutiert, wissenschaftlich abgewogen und mit Eltern gesprochen. Wenn wir beispielsweise Ja sagen zu familienfreundlichen Begegnungsregeln, Ja sagen zu Care-Share-Modellen, Ja zu Mehr sagen, dann fundiert und nicht aus der Hüfte geschossen. Gleiches gilt für Notfallbetreuung, Schulöffnung und Lernen zu Hause.

Wir gehen das Thema in schwierigem Umfeld entschlossen an. Wir sorgen für das stufenweise Hochfahren des Schulbetriebs. Ich bin Kultusminister Piazzolo und Staatssek-

retärin Stolz für ihren Einsatz dankbar, auch dafür, dass sie Schritt für Schritt auf breite Kommunikation mit Lehrkräften, Schülern und Eltern setzen. Unser bildungspolitischer Restart in Bayern erfährt breite Unterstützung.

(Beifall)

Entsprechend ist vieles, was in den Anträgen der GRÜNEN, der SPD und der AfD gefordert wird, längst erledigt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Beispiel Hygienekonzepte: Wir haben das in über 100 KMS – das ist schon gesagt worden – nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ für alle Schularten definiert, die Sachaufwandsträger informiert und laufend unterstützt. Dort, wo vielleicht kein Desinfektionsmittel vorhanden ist, gibt es auf jeden Fall Seife. Das reicht.

Wir haben auch für Lerninhalte und Lernziele Standards definiert. Ansonsten lassen wir den Lehrkräften aber bitte Spielraum und verpassen ihnen kein Korsett.

Wir haben soziale und digitale Kluften fest im Blick. An den Schulen verfügbare Geräte werden eingesetzt und aufgestockt; sie dürfen auch nach Hause ausgeliehen werden. Zusätzlich gewährt der Bund bedürftigen Kindern 150 Euro für benötigte Geräte. Was aber noch viel wichtiger ist: Unsere Lehrkräfte finden vor Ort an den Schulen unbürokratische Lösungen, wenn es brennt – und zwar bessere Lösungen, als wir sie hier jemals zimmern könnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Stichwort "Liveunterricht": Wir haben seit Amtsübernahme viel in den Aus- und in den Aufbau der Mebis-Angebote investiert, zuletzt 10 Millionen Euro "Corona-Plus". Es ist in der Tat Luft nach oben. Seit wir allerdings dran sind, tun wir alles, um weiterzukommen. Die digitale Schule in Bayern ist sicherlich kein Luftschloss, sie ist kein Neuland.

Entschlossen vorwärts gehen wir auch bei den flexiblen Präsenzmodellen. Das Kultusministerium und die Schulen haben das fest im Blick, und wir werden diesen Weg weiterhin zügig und sensibel gehen. Wir schützen dabei von Anfang an die Risikogruppen

bei Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern. Hier gilt definitiv: Wir riskieren nichts, wir riskieren niemanden.

Wir bauen die Notfallbetreuung weiter aus, und zwar aktuell für die Alleinerziehenden. Ich meine, wir müssen sie zeitnah weiter für betriebliche, dienstliche oder gesundheitliche Gründe öffnen – ein weiterer Prozess. Das sind wir den Eltern schuldig.

Wie der Kollege Fischbach möchte auch ich mich am Schluss mit einer kleinen Botschaft an Rezo wenden: Wenn dir an der bildungspolitischen Debatte wirklich etwas liegt, dann schimpf bitte nicht in einem zwanzigminütigen Video derb wie ein Rohrspatz über – ich zitiere – die inkompetenten Entscheidungsträger, die gerade krass ihren Job verkacken, ohne dann einen einzigen Vorschlag zu bringen, wie es besser geht. Wenn es dir wirklich um Bildung geht, dann komm' hierher, diskutiere mit uns und zermartere dir mit uns parteiübergreifend den Kopf. Wir, die vermeintlich inkompetenten Entscheidungsträger, sind gespannt auf deine Ideen.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Danke schön. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Pandemie Corona hat uns leider ziemlich fest im Griff, und sie ist natürlich auch der Auslöser für diese Debatte. Wenn wir jetzt bald sechs Wochen zurückdenken – damals hat Bayern zuerst entschieden, die Schulen zu schließen –, sollten wir uns daran erinnern, wo wir damals standen und worüber wir nachgedacht haben. Eine Woche später haben wir uns auch zu einer Schließung der Läden, zu Ausgangsbeschränkungen und Vielem mehr entschlossen. Das war nicht deshalb, weil es um eine Situation geht, die wir kennen, sondern das war deshalb, weil wir eine Krankheit, ein Virus eindämmen wollen und vor einer Herausforderung stehen, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr kennen. Das sollten wir uns einmal bewusst machen.

Ich erinnere mich sehr deutlich an die Bilder, als es die Ausgangsbeschränkungen gab, wie die Menschen durchaus verunsichert waren. Wir sollten auch nicht vergessen, wie viel Angst in diesem Land herrscht und wie viele Sorgen es gibt. Fünfeinhalb Wochen später haben wir es jetzt scheinbar geschafft, das eine oder andere einzudämmen. Wir sind aber in keiner normalen Situation. Deshalb gilt es, dieses Virus weiterhin sehr, sehr ernst zu nehmen und besonnen, schrittweise und behutsam wieder Schritte einzuleiten, die ein Stück in die Normalität weisen. Von diesen Gedanken, Bildern und auch Zahlen getragen und geleitet ist auch unsere Bildungspolitik.

Ich will es noch einmal deutlich machen, denn wir bekommen es jeden Tag mit: Deutschland steht, was die Infektionszahlen anbelangt, an fünfter Stelle in der Welt. In Deutschland ist Bayern am meisten betroffen, und in Bayern insbesondere Oberbayern. Insofern sind wir hier ein Hotspot, was diese Pandemie betrifft. Genau deshalb ist es auch richtig, dass Bayern einen besonderen Weg der Verantwortung gegangen ist und wir in Bayern als die Ersten gesagt haben – ich erinnere mich, weil ich damals mit dabei gewesen bin bei der Kultusministerkonferenz und Ministerpräsident Söder bei der Ministerpräsidentenkonferenz –, wir wollen die Schulen aus Gründen der Gesundheit schließen.

Wir, die beiden Koalitionspartner, haben das in enger Absprache getan, und das war ein richtiger Schritt, von dem es die anderen zu überzeugen galt. Für die zweite Tranche haben wir bewusst den 11. Mai und damit eine Woche später als die meisten anderen Bundesländer gewählt, um auch wieder vorsichtig zu reagieren.

Für alle ist diese Situation eine große Herausforderung. Ich gestatte mir deshalb, an den Anfang einen Dank an alle diejenigen zu richten, die aus meiner Sicht hier in einer hervorragenden Art und Weise gewirkt und auch zusammengewirkt haben: Das sind natürlich unsere Lehrkräfte, die sich von heute auf morgen von einem Präsenzunterricht auf eine Unterstützung des Lernens zu Hause umstellen mussten. Sie haben das hervorragend gemeistert.

Mein Dank gilt gleichermaßen den Eltern. Es ist eine ganz ungewöhnliche Situation und eine Herausforderung ohnegleichen, die sie zu meistern haben. Ich sage es noch einmal sehr deutlich: Sie sind keine Ersatzlehrer, und das Lernen zu Hause ist kein Unterricht. Deshalb haben wir und auch ich persönlich gerade in den Wochen versucht, Druck herauszunehmen und eben nicht zu sagen, das ist Unterricht, den ihr leisten müsst. Es ging um ein Wiederholen, Vertiefen und auch um Vorlernen. Es geht genau darum, auch Druck von den Eltern zu nehmen und sie zu entlasten. Wir werden das jetzt zwar ein wenig anders aufzusetzen, aber ich bitte darum, dass das deutlich wird.

Ein Dank geht auch an die Schülerinnen und Schüler, dass sie diese Situation mitmachen. Wir sollten uns auch hier immer bewusst sein, dass viel Sorge und Angst herrscht.

Mein Dank gilt den Verbänden, den Lehrer-, aber auch den Elternverbänden, die viele konstruktive Vorschläge eingebracht haben. Wir stehen miteinander in einem intensiven Austausch.

Mein Dank gilt auch – das sage ich ausdrücklich – den Mitarbeitern des Ministeriums. Wir haben in den vergangenen sechs Wochen eine sehr, sehr intensive Arbeit geleistet. 100 KMS schreiben sich nicht einfach so. Dahinter steckt sehr viel Gehirnschmalz und Sachverstand, und dahinter stecken viele Verhandlungen, viele rechtliche Überlegungen und gute Kenntnisse darüber, was im Unterricht stattfindet. Über sechs Wochen hinweg wurde auch sehr viel kommuniziert – übrigens auch von mir und anderen Mitgliedern der Staatsregierung.

Ich sage es ganz offen: Mir persönlich ist es egal, wer dann was verkündet, ob das der Ministerpräsident, der Kultusminister oder ein anderes Mitglied der Staatsregierung ist. Wichtig ist, dass wir es tun und die Dinge gemeinsam voranbringen, und das haben wir intensiv getan. Um ein Beispiel zu nennen: Ich hatte allein in dieser Woche ungefähr zwei Stunden Sendezeit beim Bayerischen Rundfunk.

Mein Dank gilt übrigens auch den öffentlich-rechtlichen und den privatrechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten, die uns in dieser Situation vortrefflich unterstützen;

(Zuruf)

das sage ich ganz deutlich; denn Kommunikation kann nicht allein von unserer Seite aus stattfinden, sondern sie wird auch durch die Medien geleistet, und das ist für eine solche Krise aus meiner Sicht in einer vernünftigen Art und Weise geschehen. Es geht hier nicht darum, sich gegenseitig hochzuschaukeln. Insofern kann ich mich gerne dem anschließen, was von Herrn Fischbach und Herrn Kollegen Gotthardt in Bezug auf den einen Influencer gesagt wurde, der aber kein bayerischer Schüler ist, sondern ein Schüler aus NRW; aber das spielt jetzt auch keine Rolle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit)

Gesundheit steht an erster Stelle.

Kommunikation ist uns sehr wichtig, übrigens auch – dies möchte ich an dieser Stelle sagen – die mit den Kollegen der KMK, die sehr gut funktioniert. Die Kultusministerkonferenz ist oft gescholten worden. Wir haben uns hier sehr gut und intensiv abgesprochen und werden das auch in den nächsten Tagen tun. Das ist auch wichtig, um ein möglichst einheitliches Bild zu zeigen.

Lassen Sie mich noch auf einige Themen eingehen. Wir haben das gestern zweieinhalb Stunden im Bildungsausschuss intensiv getan. Wir wiederholen das eine oder andere, aber Wiederholen ist auch ein didaktisches Prinzip, und es ist mir sehr wichtig, das zu tun. Mein Dank gilt auch allen Vertretern der Fraktionen, auch der Opposition, dass wir uns austauschen können. Es kam auch manch wertvoller Vorschlag – das sage ich ganz ausdrücklich – aus den Reihen der Opposition, den wir aufgenommen haben. Ich halte es für sehr sinnvoll, sich in einer solchen Situation auszutauschen und nicht Gräben aufzureißen, sondern sie zuzuschütten. Wir haben, denke ich, viel

Verständnis füreinander und sind alle der Auffassung, dass wir diese Situation nur gemeinsam bewältigen können.

Einige wenige Ausführungen zum Inhalt und zu den Fragen, die aufgeworfen wurden:

Erstens. Hygiene steht für uns natürlich an erster Stelle. Der Gesundheits- und Infektionsschutz ist uns wichtig. Der ab Montag wieder stattfindende Präsenzunterricht darf kein Risiko sein. Insofern haben wir frühzeitig Hygienevorschriften aufgestellt. Ich habe sie eine Stunde nachdem das Kabinett am vorigen Donnerstag gemeinsam entschieden hat, wann wir die Schulen wieder für 14 % der Schüler öffnen, in einer Pressekonzferenz mit vielen Kolleginnen und Kollegen – Kollegin Huml war dabei – vorgestellt. Wir sind hierzu auch in engem Austausch. Wir machen diese Hygienevorschriften nicht allein, sondern tun dies auf Basis der Empfehlungen des RKI in Absprache mit dem Gesundheitsministerium und dem Landesamt für Gesundheit. Hierbei geht es auch immer darum, sich entsprechend eines wissenschaftlichen Rates zu versichern.

Ich möchte nicht auf die einzelnen Vorschriften eingehen, sondern nur auf einige Stichworte, erstens auf Masken. Ich stehe dazu, dass wir keine Maskenpflicht haben. Ich widerspreche auch ausdrücklich Frau Karliczek, die diese heute gefordert hat. Einen fünfständigen Unterricht mit einer Maske halte ich nicht für zielführend, auch für nicht machbar. Ich halte es sogar nach dem, was wir mit Medizinern besprochen haben, teilweise für riskant. Insofern, denke ich, sind wir gemeinsam auf einem guten Weg, wenn wir sagen: Masken im Bereich des ÖPNV sowie in Geschäften. Ich halte es auch für sinnvoll, wenn man eine Maske in der Schule dabei hat und jemand, der ängstlich ist, in den Pausen und auf den Wegen die Möglichkeit hat, eine Maske aufzusetzen. Deshalb haben wir bereits vor einigen Tagen eine Initiative gestartet, den Schulen so etwas zukommen zu lassen.

Zweitens. Stichwort Risikogruppen – ganz wichtig, auch unter dem Aspekt Gesundheit. Sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch bei Lehrerinnen und Lehrern

haben wir entsprechende Risikogruppen beschrieben. Ich möchte jetzt nicht auf die Details eingehen, das steht in den einzelnen KMS; ich kann aber gern, wenn Bedarf besteht, noch auf Zwischenfragen reagieren.

Lassen Sie mich noch intensiver auf das Lernen zu Hause eingehen. Ich hatte es vorhin schon erwähnt: Es ist kein Unterricht. Es soll nicht eins zu eins das ersetzen, was in der Schule stattfindet. Es ist auch kein Homeschooling, und ich sage ganz deutlich: Nach Corona will ich auch kein Homeschooling. Wir sind nicht Kanada, wir sind nicht Australien, sondern wir sind Bayern, und wir wollen auch weiter den Kontakt zwischen unseren Lehrkräften und unseren Schülern halten – in Präsenz, deshalb: kein Homeschooling. Wir haben eine enge Verknüpfung auch zu den Bereichen, in denen die Bevölkerung etwas weiter auseinander lebt. Das gibt es auch in Bayern. Trotzdem ist es nicht so wie in der Antarktis und einigen anderen Bereichen, sondern es findet kein Homeschooling statt. Trotzdem war es mir in dieser besonderen Situation wichtig, dass es auch ein Lernen zu Hause gibt. Aber ich habe von Anfang an deutlich gemacht – auch in enger Koordination mit den zuständigen Bildungspolitikern der beiden Regierungsfraktionen –, dass es eben nicht nur um digitales Lernen zu Hause geht. Nehmen Sie doch einmal die Grundschüler. Natürlich haben wir auch Lernplattformen, auf denen das beschrieben wird. Aber sie müssen es schon einüben, und es macht zum Beispiel für den Erstklässler wenig Sinn, sich nur Videos anzuschauen, sondern es ist wichtig, auch andere Dinge zu nutzen. Das heißt auch, es ist nichts dagegen einzuwenden, auch einmal ein Arbeitspapier zuzuschicken. Das Arbeitspapier an sich ist nicht schlechter als der digitale Unterricht. Es kommt darauf an, wie es gestaltet wird; das müssen wir deutlich betonen. Also bitte nicht nur Konzentration auf den digitalen Unterricht!

Trotzdem haben wir Best-Practice-Beispiele der letzten Wochen zusammengestellt. Ich habe noch einmal an allen Schularten in unterschiedlicher Art und Weise deutlich gemacht, wie wir uns als Staatsministerium vorstellen könnten, wie Lernen zu Hause stattfindet. Aber auch dies sei mir gestattet zu sagen: Unsere Lehrerinnen und Lehrer

sind die Experten vor Ort. Sie haben es gelernt, sie sind dafür ausgebildet, und ich maÙe mir als Kultusminister nicht an, jedem Lehrer, jeder Lehrerin in diesem Land zu sagen, wie er bzw. sie den Unterricht gestalten soll. Das ist ihr Job, und ich habe größtes Vertrauen. Deshalb machen wir einige Vorgaben und geben ihnen einige Ideen an die Hand. Diese sind auch relativ genau, aber die Experten sind die Lehrkräfte vor Ort im Zusammenspiel mit den Eltern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig ist mir auch Mebis – es wurde mehrfach angesprochen. Mebis war ursprünglich – ich habe das auch gestern bereits gesagt – nicht nur für das Lernen zu Hause gedacht, sondern als Ergänzung zum Präsenzunterricht. Aber das, was in den letzten Wochen geleistet worden ist, ist schon außergewöhnlich. Andere Bundesländer beneiden uns. Es gibt vielleicht noch zwei, die ein sehr gutes System haben; die anderen wollen zum Teil auf das zugreifen, was wir an Erfahrungen gesammelt haben. Das gestatten wir sehr gern.

Wir haben inzwischen über 230.000 Lernplattformkurse. Jeder Schüler kann sich, wenn er Lust hat, 24 Stunden, Tag und Nacht, Lernplattformkurse anschauen, wenn er es möchte. 1,1 Millionen Nutzer sind dort registriert. Der Traffic ist um mehr als das Zehnfache gestiegen, ebenso die Serverkapazität. Es läuft aber – das sage ich ebenfalls noch einmal, wie schon gestern – über das Behördennetz. Wenn wir es überlasten, dann können plötzlich der Herr Finanzminister und seine Finanzbeamten nicht mehr auf das Behördennetz zugreifen, und das wäre für mich bitter. Insofern müssen wir uns alle zusammen in diesem Behördennetz rücksichtsvoll bewegen. Dies tun wir, deshalb können wir die Serverkapazität nicht bis ins Unendliche hochfahren. Ich bitte um Verständnis, wenn Mebis einmal hakt, dann versuchen Sie es bitte ein paar Stunden später nochmals. Grundsätzlich funktioniert es aber gut.

Die Notbetreuung haben wir ausgeweitet. Wichtig war uns, die Alleinerziehenden aufzunehmen. Übrigens wurde die Notbetreuung in den ersten Wochen viel weniger

wahrgenommen, als wir erwartet haben, weil viele zu Hause waren. Inzwischen hat sich das weiterentwickelt. Wir weiten sie jetzt auf mehr Berufe sowie auf die Alleinerziehenden aus.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige wenige Bemerkungen machen. Ich bin sicher, dass es immer wichtig ist, Perspektiven zu geben. Ich gebe aber ganz bewusst keinen Zeitplan bis zum Sommer vor, was wir Woche für Woche tun. Das kann man zwar tun – wir haben im Kultusministerium viele Szenarien dafür entwickelt –, aber wir befinden uns in einer Krise, in der wir eben nicht wissen, wie die Infektionsraten in der nächsten Woche sind und welchen Stand wir haben. Deshalb wäre es unredlich zu sagen, was genau Mitte oder Ende Juli oder auch im nächsten Schuljahr stattfindet. Wir planen es trotzdem, und es ist mir ein Herzensanliegen, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler wieder an die Schule bekommen. Das ist doch logisch. Dies ist dem Kultusminister und allen Bildungspolitikern hier ein Herzensanliegen. Aber ich bitte um Verständnis, dass dies nicht gleich morgen geschieht. Wo es mir im Moment besonders weh tut, das sind die Kleinsten. Ich hätte die Grundschüler sehr, sehr gern auch an der Schule. Wir haben uns aber dafür entschieden, mit den Älteren zu beginnen, weil die Kleineren vielleicht nicht so verständig sind, was Hygienevorschriften betrifft. Aber für sie ist es natürlich besonders wichtig. Sie haben jetzt fünf, sechs Wochen lang ihre Kameraden und Freunde nicht gesehen, und Nähe ist dort sehr wichtig. Es ist uns also ein Anliegen, möglichst zügig, aber nur, soweit es verantwortbar ist, auch die Jüngeren wieder in die Schule zu bekommen.

Auf der anderen Seite – das ist der zweite Aspekt – ist es mir wichtig, dass wir nicht Druck aufbauen, sondern Druck herausnehmen. Wir sind in einer Situation – das merken wir auch hier im Parlament –, dass wir alle Druck verspüren, dass wir uns in einer Sondersituation befinden. Der eine leidet mehr darunter, der andere weniger. In einer solchen Situation sollten wir alle eher Druck mindern. Wir haben – das ist meine Auffassung – im Schulsystem so oder so bisweilen eine Drucksituation. Wir brauchen sie in dieser Situation aber nicht noch hochzufahren. Mein Anliegen und unser Anliegen

als Regierungsfraktionen war es immer, faire Bedingungen zu schaffen und nach Möglichkeit keinen Nachteil entstehen zu lassen. Dieser Grundsatz leitet uns gemeinsam seit vielen Wochen, er wird uns weiterhin leiten: faire Bedingungen!

Gestatten Sie mir eine Schlussbemerkung: Das Problem bei der Corona-Krise ist, dass wir uns in einer Situation befinden, in der wir alle Sorgen haben – der eine mehr, der andere weniger; manche können eine solche Herausforderung vielleicht gar nicht bewältigen. Das sind Momente, in denen wir Menschen eigentlich nach Nähe suchen. Wir bräuchten gerade jetzt Nähe und Zuspruch. Um aber das Virus zu bekämpfen, fordern wir genau in dieser Situation soziale Distanz, also das Gegenteil. Das ist ein Widerspruch, den wir aushalten müssen.

Die Abstandsregelungen sollten wir einhalten. Trotz der räumlichen Distanz ist es wichtig, die soziale Nähe nicht zu verlieren. Wir sollten achtsam und solidarisch sein und insgesamt gut miteinander umgehen. Davon lassen wir in der Bildungspolitik uns leiten. Wenn alle Teile der Schulfamilie aufeinander Rücksicht nehmen, sich informieren und auch sonst intensiv miteinander kommunizieren, werden wir gemeinsam gut durch diese Krise kommen. Ich bedanke mich bei jedem, der dieses Anliegen unterstützt. Es sind sehr viele Menschen, die das in der letzten Zeit getan haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine von Kollegin Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Herr Minister, ich habe schon in der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses danach gefragt, leider sind wir nicht mehr zu den Antworten gekommen. – Es geht mir noch einmal um die Hygienemaßnahmen. Sie haben von Plänen für Regelungen berichtet, wie man sich zu verhalten habe. Dazu gehöre, dass man im Klassenzimmer bleiben müsse und dass auf die Essensausgabe verzichtet werde. Auch Toilettengänge und Ähnliches seien geregelt. Ich möchte Sie jetzt fragen: Welches Rückmeldesystem ist geplant? Was geschieht, wenn einige Hygienevor-

schriften – es sind ja noch Pläne – vor Ort nicht umgesetzt werden können? Was ist denn, wenn – auch das ist vorstellbar – einige Vorschriften einfach nicht umgesetzt werden? Wer kontrolliert überhaupt die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort?

Wer zahlt letztlich, wenn zusätzliches Personal erforderlich ist? Auf dieses Problem bin ich schon in meinem heutigen Redebeitrag eingegangen. Wenn ich an die Supermärkte denke: Dort stehen Ordner, die aufpassen, dass es nicht zu Ansammlungen kommt. – Ist das auch für die Schulen so gedacht? Und: Wer bezahlt all diese Maßnahmen? – Darauf hätte ich gern Antworten.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Wir planen keine Ordner an Schulen. Es wäre auch nicht das richtige Zeichen, vor die Schulen Ordner zu stellen, die schauen, ob die Kinder die Hygienemaßnahmen einhalten. Dafür sind unsere Schulleiterinnen und Schulleiter zuständig, neben dem, was das Pädagogische anbetrifft. Die Lehrerinnen und Lehrer können darauf achten, dass die Regelungen zum Toilettengang eingehalten werden. Schon am ersten Schultag wird deutlich gemacht, was man zu befolgen hat.

Zuständig für die Hygiene sind zudem – wie sonst auch – unsere kommunalen Sachaufwandsträger. Dazu wird es eine enge Abstimmung geben. Die Einhaltung der Vorschriften prüfen selbstverständlich sowohl der Schulleiter als auch die kommunalen Sachaufwandsträger. Wenn eine Hygienevorschrift nicht beachtet wird, werden Konsequenzen gezogen. Die letzte Konsequenz wäre, dass der Schulunterricht nicht stattfindet bzw. das Gebäude geschlossen wird. Ich wiederhole: Gesundheit ist das höchste Gut. Deshalb achten wir darauf, dass diese Vorschriften eingehalten werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur zweiten Zwischenbemerkung hat sich Kollege Maximilian Deisenhofer von den GRÜNEN gemeldet. Bitte schön.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Herr Minister, ich habe zwei Nachfragen. Die erste bezieht sich auf die Hygiene. Nach meinen Informationen ist nicht vorgegeben, dass an den Schulen Desinfektionsmittel vorgehalten wird. Trifft das zu? Wenn ja,

warum? Ich meine, dadurch könnte ein besserer Schutz gewährleistet werden als durch reines Händewaschen.

Zum Zweiten zu Mebis: Ist eine Ausweitung der Serverkapazitäten geplant? Wenn ja, wann wird Mebis so laufen, dass es tatsächlich zuverlässig genutzt werden kann? Oder wird sich das Drama mit dieser Plattform fortsetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Zum Ersten: Desinfektionsmittel können selbstverständlich auch in der Schule verwendet werden. Wir haben es aber nicht ausdrücklich vorgeschrieben. Diese Entscheidung haben wir nach Rücksprache mit entsprechenden Medizinern getroffen. Diese empfehlen es nämlich gerade an Schulen nicht unbedingt, weil dadurch mancher in falscher Sicherheit gewiegt wird. Es ist sehr vernünftig, sich in diesen Fällen auf das richtige Händewaschen zu konzentrieren und das entsprechend einzuüben. Selbstverständlich stehen uns als Staat aber genügend Desinfektionsmittel zur Verfügung. Bei Bedarf können wir sie jederzeit an die Schulen bringen. Das haben wir, wie gesagt, unseren kommunalen Sachaufwandsträgern anheimgestellt und nicht vorgeschrieben, weil es in manchen Situationen kontraproduktiv sein könnte.

Zu Mebis: Ich habe bereits erwähnt, dass es die meiste Zeit gut funktioniert. Die Zugriffszahlen sind sehr hoch; die genauen Angaben kann ich gern jedem Kollegen zukommen lassen. Man muss auch unterscheiden, was mit Mebis gemacht werden soll. Insbesondere dann, wenn man in die Lernplattformen einsteigen will und sehr viele Nutzer gleichzeitig aktiv sind, braucht es sehr viel Serverkapazität. Jüngst gab es einen Tag, den Montag – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, denken Sie an Ihre Redezeit!

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): – Gern. Ich kann auch nachher Herrn Deisenhofer persönlich antworten. Aber ich glaube, sein Wunsch

ist, dass es alle hören. – Wir geben uns weiterhin Mühe und versuchen, die Serverkapazität weiter hochzufahren. Meine Bitte, wenn es einmal nicht funktioniert: einfach ein, zwei Stunden später versuchen!

Jetzt steigen wir wieder in den Präsenzunterricht ein; das betrifft 14 % der Schüler, ab dem 11. Mai noch mehr. Dann wird der Anteil des Lernens zu Hause wieder etwas reduziert sein.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Gern.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/7410 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Die Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 18/7442 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD und FDP. Stimmenthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 18/7443 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. –

Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Die Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktion der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.